



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 21. März 2022

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 21. März 2022**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	4
3. ZUR WOCHE.....	9
TOP 3: Mindestfüllstände für Gasspeicher schaffen Sicherheit!	9

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

#SicherheitimWandel

Wir stellen den Haushalt auf und machen die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. Dafür nehmen wir viel Geld in die Hand – über 200 Milliarden Euro für die Jahre 2023 bis 2026.

Gleichzeitig müssen wir uns den immensen aktuellen Herausforderungen stellen: dem Krieg in der Ukraine, der fortdauernden Pandemie und den gestiegenen Energiekosten. Mit dem Ergänzungshaushalt der Ampel-Koalition stellen wir die Mittel bereit, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen.

Sondervermögen: für eine leistungsfähige Bundeswehr

Russlands Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Putin führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine – und bedroht damit die freie Welt insgesamt.

Die Bundeswehr muss die nötige Ausrüstung bekommen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO wahrnehmen kann. Deshalb haben wir neben dem regulären Haushalt ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht.

Der Bundestag wird bei der Verteilung der Gelder eingebunden. Gemeinsam mit der Bundesregierung schaffen wir Planungssicherheit bei der Ausrüstung unserer Soldat:innen. Zugleich ermöglichen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten Zukunftsinvestitionen – in soziale Sicherheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Digitalisierung.

Hohe Energiepreise: Für Entlastungen und eine stabile Versorgung!

Putins Krieg – aber auch Spekulationen einiger Akteure auf den Märkten – haben die Energiepreise sehr stark ansteigen lassen. Vor allem die Heizkosten machen vielen Menschen große Sorgen. Wir nehmen die Sorgen der Bürger:innen sehr ernst.

Deshalb bringen wir einen einmaligen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger:innen sowie Studierende und Azubis, die staatliche Hilfen erhalten, auf den Weg und schaffen zum 1. Juli die EEG-Umlage ab.

Vor allem Menschen mit geringem Einkommen wird schnell und unbürokratisch geholfen. Und wir wollen verhindern, dass einige Wenige von der Krise profitieren können.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche beraten wir den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 sowie die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanzplan bis 2026.

Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die gestiegenen Energiekosten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für Deutschland können wir zwar noch nicht im Einzelnen absehen. Der Unsicherheit tragen wir aber Rechnung und bringen einen **Ergänzungshaushalt** in die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 ein. Damit wollen wir die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen.

Wir werden aber auch unsere eigene Wehrhaftigkeit stärken müssen. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb des NATO-Bündnisses wahrnehmen können. Deshalb hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines **Sondervermögens Bundeswehr** in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Wir verankern das Sondervermögen im Grundgesetz. Damit schaffen wir Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Zugleich stellen wir sicher, dass Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Putins Krieg hat auch die Energiepreise ansteigen lassen. Deshalb hat die Ampel-Koalition im Februar 2022 ein **Entlastungspaket** beschlossen, das unter anderem die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage ab 1. Juli 2022 vorsieht. Zudem haben wir den geplanten Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger:innen auf 270 Euro verdoppelt. Für einen Zwei-Personen-Haushalt sind das 350 Euro und 70 Euro für jedes weitere Familienmitglied. Studierende und Azubis, die staatliche Hilfen erhalten, bekommen einmalig 230 Euro. Mit dem Paket in Höhe von 16 Milliarden Euro, das bereits im Haushalt abgebildet ist, entlasten wir viele Menschen spürbar und unbürokratisch. Mit Blick auf die aktuelle Lage – insbesondere die gestiegenen Energiepreise – werden wir schnell weitere Maßnahmen auf den Weg bringen.

Zukunftsinvestitionen

Die Ampel-Koalition hat sich auf den Weg gemacht, um die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen zu machen. Mit dem Bundeshaushalt 2022 nehmen wir viel Geld in die Hand. Wir investieren in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Forschung und Infrastruktur, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. In 2022 investieren wir fast 51 Milliarden Euro – zehn Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019. Diesen Betrag wollen wir bis 2026 verstetigen.

Wir stärken vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien und fördern innovative Technologien wie Wasserstoff. Dazu stellen wir im Klima- und Transformationsfonds (KTF) zwischen 2022 und 2026 mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung.

Klimaschutz gelingt nur durch nachhaltige Mobilität. Deshalb steigen auch unsere Verkehrsinvestitionen – auf rund 20,5 Milliarden Euro bis 2026. Mit dem Geld stärken wir vor allem den Schienenverkehr und sanieren unsere Verkehrswege.

Durch umfangreiche Investitionen in die Forschung sichern wir eine sozial gerechte und innovative Zukunft. Mit der Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir die regionale Innovationsförderung stärken und dazu beitragen, dass Ideen aus der Wissenschaft künftig schneller in die Praxis umgesetzt werden.

Pandemiebekämpfung

Für die Abfederung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stellt der Bund erhebliche Mittel bereit. Um beispielsweise Bürgertests, Arzneimittel und Schutzmasken zu finanzieren, stehen für den Gesundheitsfonds 21,7 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – neben dem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 14,5 Milliarden Euro. Zudem stabilisieren wir die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und entlasten so die Versicherten.

Pfleger:innen leisten in der Pandemie Außergewöhnliches. Ihre Arbeit verdient Respekt, der sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen muss. Sie erhalten daher einen Pflegebonus, mit dem ihr außerordentlicher Einsatz in der Pandemie gewürdigt werden soll. Dafür stellt der Bund eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Soziale Sicherheit

Wir sorgen für sozialen Zusammenhalt und stabilisieren den Arbeitsmarkt. Das Kurzarbeitergeld wird bis zum Sommer verlängert – es hat Millionen von Arbeitsplätzen in der Pandemie gesichert. Die Bundesagentur für Arbeit erhält ein Darlehen, um ihr pandemiebedingtes Defizit auszugleichen. Mit einer Corona-Einmalzahlung, der Verlängerung des vereinfachten Zugangs in die Grundsicherung sowie mit dem Sanktionsmoratorium gehen wir erste Schritte in Richtung Bürgergeld.

Wir wollen, dass die pandemiebedingten Einschränkungen für Kinder und Jugendliche so gut es geht abgefedert werden. Deshalb sind für das Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Jahr 2022 rund 272 Millionen Euro vorgesehen. Die Gelder können für Sport- und Freizeitangebote, für Familien-erholung und vieles weitere genutzt werden. Zudem werden die Mittel für frühkindliche Sprach- und Integrationsförderung auf insgesamt mehr als 387 Millionen Euro erhöht.

Wir verlängern das Kinderkrankengeld und unterstützen so berufstätige Eltern und besonders Alleinerziehende in der Pandemie. Und wir ebnen den Weg zur Kindergrundsicherung mit dem Kindersofortzuschlag. Damit erreichen wir rund drei Millionen armutsgefährdete Kinder und Jugendliche. Um für mehr Gleichstellung und Selbstbestimmung bei der Kindererziehung zu sorgen, stärken wir das Elterngeld. Die Mittel hierfür steigen in diesem Jahr um 100 Millionen Euro auf insgesamt 7,7 Milliarden Euro.

Zudem stärken wir das BAföG, damit künftig wieder mehr Menschen durch Bildung aufsteigen können. Die Mittel hierfür steigen auf 2,3 Milliarden Euro.

Sozialer und klimagerechter Wohnungsbau

Erstmals seit 1998 gibt es wieder ein eigenständiges Bauministerium. Der Etat des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) ist ein Investitionshaushalt, der die Konjunktur in Deutschland stützt: Von dem fast 5 Milliarden-Euro-Etat, der für 2022 zur Verfügung steht, sind 3,61 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Mit diesem Geld schaffen wir eine solide Basis für mehr bezahlbaren Wohnraum, für eine zukunftsorientierte Städtebauförderung und für mehr Klimaschutz.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, jedes Jahr bis zu 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen – und damit beginnen wir jetzt. In den kommenden Jahren werden insgesamt 14,5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

Das sind 8,5 Milliarden Euro mehr als im 1. Regierungsentwurf der Vorgängerregierung für 2022 eingeplant waren.

Bereits Ende des letzten Jahres hat Bundesbauministerin Klara Geywitz den zuständigen Ländern eine Milliarde Euro zusätzlich für das klimagerechte Bauen von Sozialwohnungen bereitgestellt. Mit dieser „Klima-Milliarde“ stehen nunmehr zwei Milliarden Euro des Bundes zur Verfügung, um neben dem energetisch hochwertigen Neubau auch die energetische Sanierung von Sozialwohnungen voranzutreiben.

Internationale Verantwortung

Die SPD steht für einen breiten Ansatz in der Sicherheitspolitik, der auch Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umfasst. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Wir stocken den Etat des Auswärtigen Amtes auf: Zwei Milliarden Euro sind für humanitäre Hilfe vorgesehen sowie 485 Millionen Euro für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und Klima- und Sicherheitspolitik.

Für 2022 wird Deutschland zudem den Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttoinlandsprodukt (die so genannte ODA-Quote) bei 0,7 Prozent stabilisieren. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich aufzustocken. Im Haushaltsentwurf der Regierung sind mit Blick auf die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bereits erste Maßnahmen berücksichtigt – wie beispielsweise 1,5 Milliarden Euro für Gasreserven sowie eine Milliarde Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe, der Krisenbewältigung und Ernährungssicherheit.

Innere Sicherheit

Der Etat für das Bundesinnenministerium trägt unsere Handschrift. 17,5 Millionen Euro zusätzlich stecken wir in die Stärkung der Ansätze zur Extremismus-Prävention, zur Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland und für die Belange von Minderheiten. Wir stellen weitere Mittel zur Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bereit. Das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ wird um weitere 15 Millionen Euro auf insgesamt 165,5 Millionen Euro aufgestockt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden, wobei allein die Bundespolizei 1.000 neu Stellen bekommt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine, der Flutkatastrophe 2021 sowie der Corona-Pandemie ist es umso wichtiger, dass wir die Neuausrichtung im Bevölkerungsschutz mit 20 Millionen Euro Aufwuchs beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

(BBK) anschieben. Im Haushaltsentwurf zeigt sich schon jetzt die Wertschätzung für gesellschaftliches Engagement – beispielsweise durch eine Erhöhung im Etat des Technischen Hilfswerks (THW) um 61 Millionen Euro.

Euer

gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

TOP 3: Mindestfüllstände für Gasspeicher schaffen Sicherheit!

Mit rund 24 Milliarden Kubikmetern verfügt Deutschland über das größte Erdgasspeichervolumen in der Europäischen Union. Dennoch verzeichnen die deutschen Gasspeicher aktuell einen historischen Tiefstand – auch das hat den Gaspreis für Verbraucher:innen und Unternehmen in den vergangenen Monaten nach oben gedrückt. Die Ursache hierfür ist struktureller Natur: Auf dem deutschen Gasmarkt erwerben private Betreiber eine bestimmte Füllkapazität und entscheiden allein über den Füllstand der Gasspeicher.

In dieser Woche beraten wir abschließend einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, der die Betreiber von Gasspeichern an festgelegten Stichtagen im Jahr zu bestimmten Mindestfüllständen verpflichtet (zum 1. August: 65 Prozent; zum 1. Oktober: 80 Prozent; zum 1. Dezember: 90 Prozent, 1. Februar: 40 Prozent). Von zentraler Bedeutung ist hierbei der sogenannte Marktgebietsverantwortliche – eine Tochtergesellschaft aller Gaspipeline-Betreiber in Deutschland –, der den Füllstand der Gasspeicher kontinuierlich überwacht.

In einem ersten Schritt werden die Speicher über den Markt gefüllt. Ergeben sich Differenzen zwischen Füllstandsvorgabe und tatsächlichem Füllstand, können Kapazitäten durch den Marktgebietsverantwortlichen gesondert ausgeschrieben werden (so genannte „Strategic Storage Based Options, SSBOs). Sollten dann immer noch Lücken bestehen, kann der Marktgebietsverantwortliche selbst Gas und Speicherkapazitäten erwerben und dieses einspeichern.

Nutzen die Speichernutzer die von ihnen gebuchten Kapazitäten nicht, können sie ihnen entzogen und dem Marktgebietsverantwortlichen zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist, eine Hortung von Kapazitäten zu vermeiden und Anreize für die Befüllung der gebuchten Kapazitäten zu schaffen.